



24.3824

## Motion APK-S.

### Rechtsgrundlage für die Ukraine-Hilfe

## Motion CPE-E.

### Base légale pour l'aide à l'Ukraine

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.03.25

*Antrag der Kommission*  
Annahme der Motion

*Antrag Salzman*  
Ablehnung der Motion

*Proposition de la commission*  
Adopter la motion

*Proposition Salzman*  
Rejeter la motion

**Präsident** (Caroni Andrea, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

**Rieder** Beat (M-E, VS), für die Kommission: Ihre Aussenpolitische Kommission unterbreitet Ihnen eine Motion, mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, dem Parlament eine Rechtsgrundlage für die Ukraine-Hilfe zu unterbreiten, die auf einem Gesetz basiert. Der Konflikt zwischen Bundesrat und der Kommission ist jener, dass der Bundesrat einen Staatsvertrag favorisiert, dies im Gegensatz zu einem Gesetz.

Kurz zum Hintergrund unserer bisherigen Ukraine-Unterstützung: Sie finden einen Zusatzbericht zur Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2025–2028, in welcher die Unterstützung der Ukraine in Kapitel 3.4 dargelegt wird. Inzwischen hat der Bundesrat diverse Entscheidungen getroffen, die das weitere Vorgehen konkretisieren. Seit Beginn des Krieges setzt der Bund verschiedene Unterstützungsmassnahmen um, von der Übernahme der EU-Sanktionen über die humanitäre Hilfe, die humanitäre Minenräumung und Entwicklungszusammenarbeit bis zur Gewährung des Schutzstatus S für Schutzsuchende aus der Ukraine. Seit dem russischen Angriff vom 24. Februar 2022 hat der Bund die vom Krieg in der Ukraine betroffene Bevölkerung bis Ende Mai 2024 in der Schweiz oder im Ausland mit insgesamt 3,37 Milliarden Franken unterstützt. Die Schweiz will auch weiterhin eine Rolle spielen. Mit Beschluss vom 10. April 2024 hat der Bundesrat entschieden, dass die Schweiz die Ukraine und die Region über die nächsten zwölf Jahre bis 2036 mit 5 Milliarden Franken unterstützen will. Diesen bedeutenden Beitrag erachtet der Bundesrat angesichts der schwerwiegenden Kriegsschäden in der Ukraine als angemessen.

Für eine erste Phase von 2025 bis 2028 sind 1,5 Milliarden Franken vorgesehen. Für die zweite Phase von 2029 bis 2036 wird ein Betrag von 3,5 Milliarden Franken vorgesehen. Die meisten dieser Massnahmen können mit den bestehenden Rechtsgrundlagen der internationalen Zusammenarbeit umgesetzt werden. Aber Massnahmen zur gezielten Bevorzugung des Schweizer Privatsektors müssen eine neue rechtliche Grundlage haben, und hier gehen eben die Meinungen auseinander. Ihre Kommission ist der Meinung, dass ein Gesetz hier die richtige Lösung wäre. Der Bundesrat ist der Meinung, dass ein Staatsvertrag adäquater wäre. Wieso hat sich die Kommission einstimmig für die Annahme dieser Kommissionsmotion ausgesprochen? Die Kommission ist der Meinung, dass ein Vertrag ein zweiseitiges Geschäft ist. Ein Staatsvertrag wird der Situation deshalb nicht gerecht. Bei der Ukraine-Hilfe geht es im Wesentlichen um die Umsetzung der schweizerischen Unterstützungsstrategie für die Ukraine. Ein Staatsvertrag kann vom Parlament nur genehmigt oder abgelehnt werden. Der Gestaltungsspielraum des Parlamentes wäre bei einem Gesetz wesentlich grösser und bei einem Staatsvertrag wesentlich geringer. Ein Staatsvertrag ist auf Dauer angelegt; ein Gesetz kann vom Parlament,





wenn es dies will, befristet werden, was im konkreten Fall in Analogie zum Posthilfegesetz durchaus diskutabel ist.

Der Bundesrat seinerseits wird selbstverständlich die Argumente für einen Staatsvertrag vorlegen. Er ist der Meinung, dass ein Staatsvertrag schneller und konkreter abgeschlossen werden könnte und damit auch dem Parlament die Möglichkeit gegeben wäre, über den Staatsvertrag zu entscheiden.

Für die Kommission war entscheidend, dass Sie, obwohl das Parlament sowohl beim Gesetz als auch beim Staatsvertrag mitarbeiten würde, bei einem Staatsvertrag – das kennen Sie alle – entweder den gesamten Staatsvertrag annehmen oder ihn ablehnen können. Daher betrachtet die Kommission die Variante des Staatsvertrags als eher absturzgefährdet, als wenn wir ein Gesetz erlassen würden. Ein Staatsvertrag könnte, falls gewisse Punkte nicht im Sinne des Parlamentes wären, abgelehnt werden. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Schweiz so oder so, ob Staatsvertrag oder Gesetz, der Ukraine selbstverständlich bedeutende Hilfe zukommen lassen wird.

Ich bitte Sie daher, dem einstimmigen Antrag der APK-S zu folgen und diese Motion anzunehmen.

**Salzmann Werner (V, BE):** Gemäss der Stellungnahme des Bundesrates braucht es für die langfristige und systematische Zusammenarbeit mit Schweizer Unternehmen – auch mit solchen, die heute noch nicht in der Ukraine tätig sind – eine neue Rechtsgrundlage, die unter anderem beschaffungsrechtliche Fragen klären wird. Dafür wäre es denkbar, das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe mit neuen Regeln zu ergänzen.

Ihre Kommission beantragt Ihnen, wie Sie vom Sprecher gehört haben, den Bundesrat damit zu beauftragen, eine Gesetzesvorlage für die Ukraine-Hilfe auszuarbeiten, weil unter anderem der Gestaltungsspielraum des Parlamentes gegenüber einem Vertrag wesentlich geringer sei.

Der Bundesrat sagt in seiner Stellungnahme: "Eine solche Lösung, die nur für die Ukraine zur Anwendung kommen soll, passt systematisch aber nicht in ein Gesetz, das alle Massnahmen zugunsten einer Vielzahl von Empfängerstaaten in allgemeiner Weise regelt. Ein spezifisches neues Gesetz zu schaffen, würde wiederum nicht genügen, weil die Schweiz darauf angewiesen ist, dass sich auch die Ukraine verbindlich zur Einhaltung bestimmter Regeln verpflichtet. Der schweizerische Gesetzgeber kann aber nicht einen ausländischen Staat zu einem bestimmten Verhalten zwingen."

Ein befristeter Staatsvertrag mit der Ukraine ist das richtige Mittel, um die erforderliche neue Rechtsgrundlage zu bilden. Somit ist er nicht unendlich gültig. Gemäss Bundesrat soll dieser Vertrag rechtsetzende Bestimmungen enthalten und dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Weiter heisst es in der Stellungnahme des Bundesrates: "Die Unterstützungsmassnahmen der Schweiz für die Ukraine sollen gemäss den Lugano-Prinzipien partnerschaftlich umgesetzt werden – es handelt sich also um ein zweiseitiges Geschäft. In einem gemeinsam mit der Ukraine ausgearbeiteten Staatsvertrag können deren Bedürfnisse gezielt berücksichtigt werden. Die Ukraine ist mit diesem Prozess vertraut – sie hat unter anderem bereits dieses Jahr mit Frankreich einen Staatsvertrag abgeschlossen, in dem vergleichbare Elemente geregelt wurden."

Ich bin überzeugt, dass ein Gesetz der falsche Ansatz ist, weil gemäss Bundesrat mit einem Staatsvertrag für die Schweiz ein rascher Verhandlungsabschluss möglich ist und Zeit gewonnen werden kann. Der Vertrag muss auch der Bundesversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden und wird dem fakultativen Referendum unterstellt. Somit ist das Mitspracherecht des Parlamentes und sogar des Volks gewährleistet.

Ich danke Ihnen für die Ablehnung der Motion.

AB 2025 S 308 / BO 2025 E 308

**Gmür-Schönenberger Andrea (M-E, LU):** Ich kann mich meinem Vorredner anschliessen und muss nicht wiederholen, was er bereits gesagt hat. Ich werde mich dementsprechend kurzhalten.

Ich möchte Sie bitten, diese Motion abzulehnen. Ein Staatsvertrag ist in dieser Situation meiner Ansicht nach ganz klar der richtige Weg. Er ist völkerrechtlich bindend, und er bietet eine klare, dauerhafte Grundlage, die aber ebenso wie ein Gesetz befristet werden könnte, wenn denn das das Ziel sein sollte. Zudem verhindert ein Staatsvertrag, dass die Hilfe einseitig zurückgenommen werden kann. Wir alle wissen, wie lange es dauert, bis Gesetze endlich verabschiedet werden, bis alle Ansprüche, wenn überhaupt, befriedigt werden. Die Schweiz sollte aber endlich einmal wieder auch international als verlässlicher Partner wahrgenommen werden können. Ein Staatsvertrag kann auch beispielhaft sein für weitere Staaten. Zudem kann die Hilfe mit anderen Staaten koordiniert werden. Die Unterstützung ist ganz klar zielgerichteter. Sicherheitspolitisch ist ein Staatsvertrag ebenso wichtig. Die Hilfe kommt viel schneller, ein Staatsvertrag bietet Rechtssicherheit und Planungssicherheit.





Der Ukraine geht es schlecht. Wir tun gut daran, möglichst rasch alles zu unternehmen, damit unsere Hilfe ihr Ziel erreicht und die dringend benötigten Güter und Dienstleistungen ankommen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Motion abzulehnen.

**Würth** Benedikt (M-E, SG): Die Lage für die Kommission war ja so: Der Bundesrat fällte am 10. April 2024 die Grundsatzentscheide. Er entschied also, 5 Milliarden Franken bis 2036 für die Ukraine einzusetzen. 1,5 Milliarden Franken beschlossen wir mit der IZA-Botschaft. Das war vor bald einem Jahr.

Man muss sehen: Es ist nicht einfach gar keine Rechtsgrundlage vorhanden, denn – der Berichtsteller hat es erwähnt – mit dem Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe haben wir eine allgemeine Rechtsgrundlage. Der Bundesrat hat uns mit einem Zusatzbericht auch aufgezeigt, wieweit die bestehende Rechtsgrundlage ausreicht. Sie reicht insbesondere für diese Tatbestände aus, die vorhin von Kollegin Gmür-Schönenberger erwähnt worden sind. Bezüglich Massnahme 1, "Stärkung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Ukraine", haben wir eine ausreichende Rechtsgrundlage. Auch bei Massnahme 2, "Unterstützung von Schweizer Unternehmen, die bereits in der Ukraine aktiv sind", haben wir eine bestehende Rechtsgrundlage. Es besteht einzig und allein das Problem, dass wir eine neue Rechtsgrundlage für die Bevorzugung von Schweizer Unternehmen beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine brauchen, und das halte ich wohlverstanden für eine sehr sinnvolle Massnahme. Hier gehen die Meinungen auseinander.

Ich bin der Meinung, wir sollten an der Position festhalten, ein Gesetz zu fordern. Wenn der Bundesrat wirklich rasch vorwärts machen will mit der Ukraine, kann er ja parallel trotzdem eine Vereinbarung treffen, wenn das nötig ist. Ich muss allerdings schon sagen, dieses Geschäft dreht sich jetzt schon lange im Kreis, auch in der Verwaltung. Vor einem Jahr hat der Bundesrat diesen Grundsatzbeschluss gefasst, vor diesem Beschluss ging es auch lange in der Verwaltung hin und her. Das Parlament ist da also nicht unbedingt schuld, dass wir noch nicht parat sind. Der Bundesrat hätte die entsprechenden Grundlagen dem Parlament rasch unterbreiten können, wenn er das gewollt hätte. Und, ich wiederhole es, wir haben mit dem Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe eine Gesetzesgrundlage. Auf dieser Grundlage kann man schon sehr viel machen für die Ukraine. Es ist nicht so, dass wir total blockiert sind. Es geht lediglich um die Frage der sogenannten Einkaufsgutscheine bzw. um die gezielte Bevorzugung von Schweizer Unternehmen beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine.

Ich bitte Sie, die Motion anzunehmen, aber gleichzeitig soll der Bundesrat auch überlegen, wie er den Prozess beschleunigen kann. Gegebenenfalls muss er halt entsprechende Vereinbarungen mit der Ukraine jetzt schon aufgleisen.

**Regazzi** Fabio (M-E, TI): Je suis convaincu que nous partageons tous le même objectif, à savoir soutenir la population ukrainienne touchée par la guerre et participer activement à la reconstruction du pays. Aujourd'hui, nous débattons des meilleures solutions pour y parvenir, en impliquant le secteur privé suisse.

Dans un contexte géopolitique marqué par l'incertitude et par des bouleversements rapides, la Suisse doit faire preuve de souplesse et d'agilité. C'est la seule manière de garantir que le soutien du secteur privé arrive au bon moment, lorsque l'économie et la société ukrainienne en auront le plus besoin. Soyons réalistes, les aides publiques ne suffiront pas à reconstruire l'Ukraine. Le secteur privé est indispensable. Les entreprises suisses – je le dis aussi en tant que président de l'Usam – disposent d'un savoir-faire reconnu et de produits innovants de haute qualité qui répondent aux besoins ukrainiens. Je pense notamment au secteur des transports ou encore à celui de l'énergie, pour lesquels nos entreprises sont souvent choisies directement par les Ukrainiens eux-mêmes. Cependant, les conditions régnant actuellement en Ukraine retiennent ou freinent les investissements des entreprises suisses, notamment en raison des risques. C'est précisément là que le programme du Conseil fédéral apporte des réponses concrètes, avec des instruments adaptés.

Derzeit können nur Schweizer Unternehmen, die bereits in der Ukraine in diesem schwierigen Kontext tätig sind, Unterstützung erhalten. Um das Engagement des Schweizer Privatsektors zu maximieren und die ukrainische Wirtschaft zu unterstützen, müssen wir die Hilfen auf alle Schweizer Unternehmen ausweiten können. Bundesrat Guy Parmelin hat es betont: Es ist nicht notwendig, ein neues Gesetz zu verabschieden, um die gesetzliche Grundlage dahin gehend zu erweitern, dass auch die Unterstützung von Schweizer Unternehmen, die noch nicht in der Ukraine vertreten sind, möglich ist. Ein Abkommen reicht aus.

Ein solches Abkommen bietet einen erheblichen Vorteil. Es kann schnell ausgehandelt und vom Parlament in kurzer Zeit genehmigt werden. Es würde somit ermöglichen, von öffentlichen Ausschreibungen abzuweichen und Schweizer Unternehmen zu bevorzugen, wenn wir dies wünschen. So kann die Ukraine im Falle eines möglichen Waffenstillstands oder sogar eines Friedens gezielt hochwertige Schweizer Produkte beziehen, die



ihren spezifischen Bedürfnissen entsprechen. Etwas möchte ich klarstellen: Die Unterstützung des Schweizer Privatsektors ist nicht dafür gedacht, ukrainische Unternehmen zu konkurrenzieren, ganz im Gegenteil. Noch einmal: Schweizer Firmen können spezifische Produkte und Dienstleistungen anbieten, die von der Ukraine ausdrücklich gewünscht werden. Diese Projekte könnten auch vor Ort in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren umgesetzt werden, was wirtschaftliche Vorteile schafft und die gesamte Wertschöpfungskette stärkt. Was wäre die Alternative? Wir könnten den Weg eines spezifischen Gesetzes einschlagen, ein Prozess, der uns, wie bereits erwähnt wurde, Jahre kosten würde. Natürlich könnten wir uns in die Ausarbeitung einbringen und mitgestalten. Aber die Entwicklungen in der Ukraine warten nicht auf uns. Eine beruhigte Situation könnte bereits in wenigen Monaten oder sogar Wochen eintreten. Andere Länder und deren Unternehmen stehen bereits in den Startlöchern. Wir müssen ebenfalls bereit sein. Lassen Sie uns den Weg frei machen für eine rasche und pragmatische Umsetzung der geplanten Unterstützung. Ich bitte Sie daher, die Motion abzulehnen.

**Parmelin** Guy, conseiller fédéral: La guerre en Ukraine a causé des dommages et des dégâts inimaginables. La destruction systématique des infrastructures par l'agresseur russe au cours des trois dernières années a engendré d'immenses besoins de reconstruction dans ce pays. Selon l'estimation de la Banque mondiale, les coûts totaux de la reconstruction et de la reprise économique en Ukraine s'élèveront à plus de 500 milliards de dollars au cours de la prochaine décennie. Les fonds publics – comme M. Regazzi vient de le dire –, à eux seuls, ne suffiront jamais à couvrir ce

**AB 2025 S 309 / BO 2025 E 309**

montant, rendant les investissements privés encore plus indispensables.

En janvier 2024, lors de sa visite dans notre pays, le président Zelensky a expressément sollicité l'aide de ce dernier pour contribuer à la reconstruction de l'économie ukrainienne. Ceci a été répété par sa ministre de l'économie lorsque je l'ai rencontrée cette année à Davos. C'est pourquoi le Conseil fédéral a décidé d'impliquer le secteur privé suisse dans cet effort considérable et d'allouer un montant de 500 millions de francs pour les quatre prochaines années. L'inclusion des entreprises privées constituera un levier essentiel pour relever cet immense défi.

Vous avez soutenu cette décision de principe dans le cadre de l'arrêté fédéral du 22 mai 2024 sur la stratégie de coopération internationale 2025–2028 et dans les décisions concernant le budget. L'implication du secteur privé dans le domaine de la coopération internationale représente une nouveauté pour la Suisse. Quand la Commission de politique extérieure de votre conseil a déposé sa motion, en automne de l'année passée, la communication sur les mesures et la nécessité ou non d'élargir la base légale étaient sans doute encore un peu floues. Entre-temps, nous avons développé et précisé les mesures. Ainsi, fin janvier, un premier appel d'offres a été lancé pour les entreprises suisses déjà présentes en Ukraine. Les projets soumis sont extrêmement prometteurs et contribueront grandement à la reconstruction de l'Ukraine. Pour les entreprises qui ne sont pas encore présentes en Ukraine, il est désormais clair qu'une base légale est nécessaire afin de pouvoir soutenir leurs projets.

Aujourd'hui, plus de septante entreprises suisses sont établies en Ukraine, ce qui ne représente pas une force suffisante pour répondre à la variété des besoins actuels et futurs pour la reconstruction de l'Ukraine. Les autorités ukrainiennes ont à plusieurs reprises exprimé leur intérêt pour une collaboration avec des firmes suisses spécialisées. On a cité tout à l'heure les transports, mais il y a aussi l'agriculture ou l'énergie. Elles cherchent ainsi à attirer de nouvelles entreprises sur leur marché afin de recevoir des produits innovants conformes aux standards européens qui permettront de contribuer à relever durablement leur pays.

Dans ce contexte, le Conseil fédéral souhaite également pouvoir soutenir des projets d'entreprises suisses qui ne sont pas encore établies en Ukraine mais souhaitent participer à la reconstruction du pays, ce qui nous amène naturellement à la question dont nous discutons aujourd'hui. En encourageant la participation de nos entreprises, nous permettons à la population ukrainienne de bénéficier davantage du savoir-faire, des biens et des investissements suisses. Notre soutien à la reconstruction de l'Ukraine serait ainsi élargi grâce aux offres des entreprises privées qui, à l'heure actuelle, hésitent encore ou ne considèrent pas nécessairement l'Ukraine comme une destination pour leurs activités à l'étranger.

J'aimerais clairement préciser ici, parce que ce n'est pas le cas, et je le dis aussi de manière transparente, de la position d'autres pays, que la Suisse ne souhaite pas faire de l'Ukraine et de ses difficultés une opportunité commerciale. Au contraire, le rôle subsidiaire de l'aide doit demeurer le principe fondamental afin d'éviter de générer des effets d'aubaine, des "Mitnahmeeffekte". L'aide doit être ciblée de manière à encourager des engagements à long terme de la part des entreprises suisses.





Pourquoi avons-nous besoin de cette nouvelle base légale? Vous le savez, alors que les règles de l'OMC, notamment l'accord sur les marchés publics de 2012, excluent les marchés publics ayant pour objet la fourniture de l'aide internationale, le législateur suisse a décidé de soumettre la coopération internationale à la loi fédérale sur les marchés publics (LMP), à l'exception de l'aide humanitaire d'urgence et de l'aide agricole et alimentaire.

Les marchés publics destinés à l'aide internationale doivent alors faire l'objet d'un appel d'offres publiques internationales, conformément à la LMP. Or, nous souhaitons faire profiter l'Ukraine du savoir-faire des entreprises suisses dans les secteurs où elle en a vraiment et spécifiquement besoin. Pour garantir que ce soit le cas, la Suisse doit se doter d'une réglementation de niveau normatif équivalent, c'est-à-dire soumise à décision du Parlement.

Le Conseil fédéral considère – cela a été dit et je le répète – la voie d'un traité comme la voie la plus rapide, la plus efficace et la plus simple. C'est pour cela qu'il a chargé le SECO, en novembre dernier déjà, de lui soumettre un mandat de négociation à ce sujet. La Commission de politique extérieure de votre conseil a souhaité reporter la discussion sur la consultation de ce mandat lors de sa séance de février, parce qu'elle voulait d'abord traiter cette motion dont nous parlons aujourd'hui. Il est à relever que la Commission de politique extérieure du Conseil national, elle, a approuvé le mandat de négociation. Elle partage l'avis du Conseil fédéral concernant les avantages d'un traité international – rapidité et flexibilité de mise en oeuvre par rapport aux lois spéciales. Elle nous l'a confirmé dans une lettre spécifique.

Vous pouvez également constater que la situation en Ukraine peut changer, et elle est en train de changer très rapidement. Nous espérons tous que les discussions actuelles amèneront rapidement le pays, d'abord à un cessez-le-feu, mais surtout à une paix juste et durable. Dans ces conditions, il faut bien voir que la Suisse a intérêt à ce que l'aide à l'Ukraine, y compris celle qui doit être fournie en coopération avec le secteur privé, parvienne le plus rapidement possible là où elle peut avoir le plus d'impact. Comme le reste de l'Europe, nous voulons être solidaires avec l'Ukraine et sa population.

Si une trêve est négociée rapidement, de nombreux pays et entreprises vont tout de suite venir en Ukraine pour lui apporter leur soutien. Si notre pays n'est pas prêt à ce moment, nous risquons que d'autres pays et entreprises reprennent des projets qui correspondent le mieux aux compétences du secteur privé suisse. Le Conseil fédéral – je l'ai dit – est convaincu que les négociations sur un traité international avec l'Ukraine peuvent être conclues rapidement, notamment parce que l'Ukraine est déjà familière de ce type de processus. Elle a déjà négocié plusieurs traités similaires avec d'autres pays. On peut citer comme point de comparaison la France et le Danemark. Cependant, si le Parlement devait nous charger de rédiger une nouvelle loi fédérale, son entrée en vigueur prendrait beaucoup plus de temps. De plus, une loi n'exclura pas la nécessité de négocier un traité avec l'Ukraine. De toute façon, nous devons avoir un accord pour résoudre certains points, tels que l'exemption des droits de douane ou la question des mesures de lutte contre la corruption, pour en citer seulement quelques-uns.

D'après nos calculs, une nouvelle loi entrera en vigueur au plus tôt en été 2030, alors qu'un traité pourrait déjà entrer en vigueur au début de l'année prochaine. Les deux procédures, cela a été répété par plusieurs d'entre vous, sont évidemment soumises à référendum, ce qui pourrait allonger quelque peu les délais.

Demain, une même motion doit être discutée au Conseil national. Si ces motions devaient être acceptées, il serait alors nécessaire de s'accorder au moins sur une procédure en deux étapes: conclure rapidement un traité temporaire jusqu'à l'entrée en vigueur de la nouvelle loi, et, parallèlement, élaborer une législation.

J'en arrive aux conclusions. Je crois que nous avons, Mesdames et Messieurs les membres du Conseil des Etats, le même objectif, à savoir fournir une aide à l'Ukraine le plus rapidement possible là où elle est nécessaire, en encourageant notamment les entreprises suisses qui hésitent encore à livrer les biens et services urgents pour sa reconstruction, que l'Ukraine ne possède pas actuellement. En soutenant nos entreprises, nous créons un levier qui doit permettre de relancer l'économie de ce pays. Les exportations doivent être suivies d'investissements à long terme.

Nos entreprises pourront et devront aussi créer des emplois sur place. Elles doivent aussi pouvoir donner une perspective aux Ukrainiennes et aux Ukrainiens qui ont le statut S, qui souhaitent un jour retourner dans leur pays d'origine. Une loi spéciale n'est pas forcément nécessaire à cette fin, comme je l'ai dit, d'autant plus que nous devons de toute façon conclure un traité avec l'Ukraine pour régler ces droits et ces obligations. Ce que je peux vous assurer, c'est que le Conseil fédéral impliquera le Parlement de manière appropriée dans

AB 2025 S 310 / BO 2025 E 310

ses travaux concernant le traité international. Il y a naturellement la consultation sur le mandat de négociation à laquelle votre Commission de politique extérieure devra procéder, je l'espère, le plus rapidement possible.





## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2025 • Zehnte Sitzung • 19.03.25 • 08h15 • 24.3824  
Conseil des Etats • Session de printemps 2025 • Dixième séance • 19.03.25 • 08h15 • 24.3824



Outre la soumission du traité pour approbation ainsi que le référendum facultatif, je m'engage très clairement à vous tenir régulièrement informés en amont de l'avancée des négociations. En d'autres mots, au lieu de venir simplement avec le traité complètement terminé, je vous informerai au fur et à mesure de l'avancée des négociations.

Le Conseil fédéral vous invite donc à accepter la démarche telle qu'il vous la propose et à ne pas donner suite à cette motion.

Le 14 avril prochain, nous aurons une discussion avec la Commission de politique extérieure. Nous espérons discuter de la marche à suivre afin de garantir que notre pays puisse pleinement assumer sa part de soutien à l'Ukraine dans la difficile situation actuelle. Comme je vous l'ai dit, un instrument n'exclut pas l'autre.

Je vous invite au pragmatisme et à rejeter cette motion.

### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 24.3824/7343)

Für Annahme der Motion ... 33 Stimmen

Dagegen ... 12 Stimmen

(0 Enthaltungen)

